

Referat: OBM
Amt: 13-2

Niederschrift

Besprechung am: 26.11.2025 Beginn: 19:00 Uhr
Ort: Lesecafé Ende: 21:30 Uhr
Hauptstraße 55, Erlangen

Thema: 2. öffentliche Sitzung Stadtteilbeirat Innenstadt

Anwesende

Stadtteilbeirat:

Fr. Dr. Schorcht
Fr. Fath-Kelling
Hr. Schmid
Fr. Siegler
Hr. Braun
Hr. Guter
Hr. Schedler
Hr. Helmer f. Hr. Winkler
Hr. Helling f. Hr. Gänsicke

Entschuldigt

Hr. Winkler
Hr. Gänsicke

Verteiler

Alle Referate, Fachämter,
Stadtteilbeiräte, Fraktionen

Stadtrat/Betreuungsstadtrat:

Frau Egelseer-Thurek
Hr. Agha

Verwaltung/Sonstige Institutionen:

Fr. Graf/ESTW
Hr. Wölfel/Amt für Umweltschutz und Energiefragen
Hr. Schreiter/Erlanger Nachrichten

Bürger*innen:

ca. 20

Die Niederschrift beschränkt sich auf die Wiedergabe der wesentlichen Ergebnisse. Wenn innerhalb von acht Tagen nach Zusendung der Niederschrift keine Einwände erhoben werden, wird Einverständnis unterstellt.

Ergebnis:

Begrüßung und Vorstellung des Stadtteilbeirates

Die Vorsitzende, Frau Dr. Claudia Schorcht, eröffnet die 2. öffentliche Sitzung des Stadtteilbeirates Innenstadt im Jahr 2025.

Die Ladung erfolgte form- und fristgerecht. Die Tagesordnung wird verlesen, Änderungen werden nicht gewünscht.

Die Vorsitzende erläutert, welche Aufgaben und Gestaltungsmöglichkeiten der Stadtteilbeirat hat.

TOP 1: Vorstellung Kommunale Wärmeplanung / Energienutzungsplan

Frau Graf von den ESTW und Herr Wölfel berichten. Anhängend finden Sie die Präsentationen hierzu.

TOP 2: Reinigungsaktion Gerbereitunnel

Der Beirat hatte im Frühjahr beschlossen, die stark verschmutzten Glaselemente im Gerbereitunnel zu reinigen. Im Juli wurde die Aktion schließlich durchgeführt. Neben Mitgliedern des Beirats packten auch Stadträt*innen sowie zahlreiche Bürger*innen tatkräftig mit an. Die organisatorische Koordination lag bei Felix Gänsicke.

Da die Organisation der Maßnahmen sehr aufwändig war, kann eine solche Reinigung nicht in kurzen Abständen wiederholt werden. Umso größer ist der Dank an alle, die sich beteiligt und zum Gelingen beigetragen haben.

Ein Bürger wies zudem auf den Tunnel in der Inneren Brucker Straße hin, der ebenfalls stark verschmutzt und nicht vorzeigbar sei. Paulus Guter nimmt das Thema mit, der Beirat wird es im Blick behalten.

TOP 3: Hochwasserschutz Schwabach

Ausführliche Informationen zum Projekt sind online abrufbar ([Hochwasserschutz Erlangen-Wasserwirtschaftsamt Nürnberg - Wasserwirtschaftsamt Nürnberg](#)).

Im September fand im B11 eine Infoveranstaltung statt. In einem späteren Termin wurden im Rahmen eines Workshops zur Gestaltung der Plätze an der Essenbacher Brücke, insbesondere rund um die Eisdiele, verschiedene Ideen gesammelt. Die Stadt wird nun prüfen, welche Vorschläge umsetzbar sind.

Zeitplan:

- Antrag für das Planstellungsverfahren wurde am 20.11. eingereicht.
- Derzeit befindet sich der Antrag in der Prüfung durch das Umweltamt, anschließend erfolgt die Weiterleitung an die Fachämter.
- Parallel läuft eine Öffentlichkeitsbeteiligung.
- Im Frühjahr vier Wochen öffentliche Auslegung der Pläne anschließend zwei Wochen Frist für Einwendungen und Rückfragen.
- Baubeginn 2027, geplantes Projektende 2030.

TOP 4: Westliche Stadtmauerstraße: Sicherung des Fußweges durch den Tunnel bei Wegfall

Passerelle

Die Passerelle wird derzeit abgerissen. Der bisherige Fußweg zur Fuchsenwiese ist damit nicht mehr nutzbar. Als Alternativen bleiben die Hauptstraße oder der Tunnel über die Westliche Stadtmauerstraße.

Der Beirat hält den Weg durch den Tunnel, der jetzt der kürzeste ist und trotz Fehlens eines Gehwegs vermehrt genutzt wird, für hochgefährlich und fordert dringend eine Sicherung der Fußwegeführung durch den Tunnel. Herr Lang hatte in der Sitzung des Stadtteilbeirats vom 28.11.2023 mündlich zugesichert, dass man dafür sorgen werde, allerdings liegen dem Beirat bisher keine konkreten Informationen vor wie und wann die Umsetzung erfolgen soll. Aus Sicht des Beirats ist es unverständlich, dass die Stadt bislang keine Maßnahmen zur Sicherung getroffen hat, obwohl massive Gefährdungspunkte bestehen.

Herr Agha merkt an, dass das Objekt Altstadtmarktpassage von der Schwarz-Gruppe (Kaufland) erworben wurde. Ob und wann dies zu Veränderungen in der baulichen Situation führe, sei jedoch nicht konkret bekannt.

Der Stadtteilbeirat stellt mit 7 zu 0 Stimmen folgenden Antrag:

Zur Zeit wird der Abriss der Passerelle durchgeführt. Der Stadtteilbeirat Innenstadt hat schon mehrfach darauf hingewiesen, dass mit Wegfall der Passerelle eine Fusswegsicherung durch den Tunnel Westliche Stadtmauerstraße unverzichtbar ist.

Auch auf mehrmaliges Nachfragen liegt dem Stadtteilbeirat bislang keine Stellungnahme vor, wann und wie diese Sicherung erfolgen soll.

Der Beirat beantragt, dass diese Sicherung unmittelbar nach Beendigung der Abrissarbeiten vorgenommen wird. Mit Blick auf die Kosten weist der Beirat darauf hin, dass es hier nicht um eine schöne Lösung geht, sondern allein um die Sicherheit (Beleuchtung und ausreichende Gehwegbreite, auch mit Blick auf Barrierefreiheit).

Die Wegstrecke wird nach Wegfall der Passerelle vermehrt von Fußgänger*innen als kürzeste Verbindung zwischen Bahnhof und E-Werk genutzt und ist gleichzeitig eine beliebte Poserstrecke. Die Ausweisung eines Fußwegs und geeignete Abgrenzung zur Straße ist deshalb unabdingbar.

Zu prüfen wäre auch die Möglichkeit, den verkehrsberuhigten Bereich bereits nicht erst vor dem Gerbereitunnel, sondern bereits an der Einmündung Engelstraße beginnen zu lassen, was sicherlich zu einer verringerten Gefährdung von Fußgänger*innen auf dieser Strecke beitragen würde.

TOP 5: Klettergerüst am Rathausplatz

Der Spielplatz am Rathausplatz musste aus Sicherheitsgründen gesperrt werden. Da nicht nur das Klettergerüst in einem schlechten Zustand, sondern vor allem der Fallschutz nicht mehr zulässig ist, müsste der Spielplatz vollständig erneuert werden.

Die Kosten für eine Sanierung lägen bei rund 200.000,- €. Hierbei handelt es sich um eine grobe Schätzung, da der Unterboden belastet ist und die Kosten dadurch auch höher ausfallen können.

Um hier eine dringend gebotene Abhilfe schaffen zu können, plant das Amt für Stadtteilarbeit die Anschaffung eines Spielplatzcontainers als Ersatz für den gesperrten Spielplatz.

TOP 6: Automatenläden

Herr Schedler berichtet über Rückmeldungen aus der letzten Begehung der Läden. Dabei wurde mehrfach angesprochen, dass Vermüllung ein relevantes Thema darstellt. Der Betreiber eines entsprechenden Ladens ist bei der Sitzung anwesend. Ein weiterer Inhaber hat rückgemeldet, dass ihm bewusst ist, dass das Thema Müll problematisch sein kann.

Nach Aussage des anwesenden Betreibers stellt die Situation im Bereich der Universitätsbibliothek kein besonderes Müllproblem dar. Eher betroffen sei der Bereich bei dem Laden an der Berufsschule. Dort wurde bereits ein aufgestellter Mülleimer relativ schnell entwendet. Der Betreiber äußert, dass er es ausdrücklich befürworten würde, wenn die Stadt einen Mülleimer aufstellen würde.

Herr Schedler selbst konnte keine auffällige Zunahme von Müll feststellen. Frau Dr. Schorcht berichtet von der Mitteilung eines Anwohners zur Unteren Karlstraße, wonach insbesondere im Sommer Lärm ein Thema sei. Wenn sich Personen dort über einen längeren Zeitraum aufhalten, könne dies durchaus problematisch werden.

Der anwesende Betreiber berichtet, dass ihm die Zusammenarbeit mit der Stadt sehr wichtig sei. Sein Laden befindet sich in der Hauptstraße 42. Die Mitarbeiter kontrollieren und reinigen den Bereich täglich,

teilweise auch zweimal am Tag. Das äußere Erscheinungsbild sei für ihn von großer Bedeutung. Er zeigt sich offen für alle Maßnahmen und Gespräche.

Herr Agha erklärt, dass abgebaute Mülleimer zuvor nur schlecht frequentiert gewesen seien. In der Innenstadt stünden derzeit genauso viele Mülleimer wie zuvor, und diese würden auch weiterhin in gleicher Häufigkeit geleert. Herr Schmid fragt nach, ob neue Mülleimer aufgestellt werden könnten. Herr Agha gibt zu bedenken, ob zusätzliche Mülleimer das Problem insbesondere an einem Samstagabend tatsächlich lösen würden.

Der Beirat kommt insgesamt zu der Einschätzung, dass derzeit kein akuter Handlungsbedarf bezüglich der Automatenläden besteht.

Unabhängig vom Thema Automatenläden wünscht sich der Beirat aber größere Abfallbehälter an den kritischen Orten in der Innenstadt, um die Vermüllung zu reduzieren.

TOP 7: „Fahrradleichen“

Ein Bürger spricht die Problematik der Beseitigung von kaputten und offensichtlich nicht mehr genutzten Fahrrädern an. Diese würden teilweise über Monate oder sogar Jahre im öffentlichen Raum stehen bleiben, selbst wenn sie bereits mit einer gelben Markierung versehen seien. Am Zollhausplatz befänden sich mehrere solcher Fahrräder. Konkret wird geschildert, dass dort bereits im März Fahrräder mit gelber Markierung standen. Im Juli sei gemeldet worden, dass diese abgeholt werden sollten, im September sei eine erneute Meldung erfolgt. Anschließend habe sich der Bürger an Frau Dr. Schorcht gewandt. Im November habe er im Rahmen eines Termins bei der FDP den Rat erhalten, sich direkt an den Bürgermeister zu wenden. Erst nach diesem Schritt seien die Fahrräder schließlich abgeholt worden, allerdings nicht vollständig. Der Bürger zeigt sich über diesen langwierigen und zähen Prozess deutlich enttäuscht.

Herr Agha erläutert dazu, dass es sich bei den Fahrrädern juristisch nicht um Müll handelt. Die Fahrräder müssten aufbewahrt und anschließend versteigert werden. Die Haltung des Rechtsamtes sei in dieser Frage sehr eindeutig. Aus diesem Grund würden zunächst gelbe Banderolen angebracht, bevor weitere Schritte erfolgen können.

Frau Scherrers weist darauf hin, dass ein noch größeres Problem das Zustellen von Wegen im Bereich des Bahnhofs sei. Dies stelle insbesondere für Rollstuhlfahrerinnen und Rollstuhlfahrer sowie für Personen mit Kinderwagen eine erhebliche Beeinträchtigung dar.

Herr Helmer ergänzt, dass es Beschwerden von Gewerbetreibenden gebe, da sogenannte Fahrradleichen häufig die vorhandenen Fahrradbügel blockieren würden und diese somit nicht mehr nutzbar seien.

Abschließend wird angeregt, das Rechtsamt um eine Einschätzung zum Thema Fahrradleichen zu bitten und zu klären, wie die Stadt grundsätzlich mit dieser Problematik umgeht. Zudem wird die Frage aufgeworfen, warum die Situation insbesondere am Bahnhof nicht mehr funktioniere und ob es einen konkreten Plan gebe, um die Lage dort künftig zu verbessern. Hierzu bittet der Beirat zeitnah um Auskunft der zuständigen Stelle in der Verwaltung.

TOP 8: Sonstiges

Schließzeiten Schlossgarten: Frau Radtke spricht die Schließzeiten des Schlossgartens im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Nachbereitung des Schlossgartenfestes an. Früher habe die Schließzeit drei Tage betragen, inzwischen dauere sie rund zwei Wochen. Gerade im Hochsommer habe die Bevölkerung ein großes Bedürfnis, sich im Grünen und insbesondere im Schlossgarten aufzuhalten. Der Abbau nach dem Fest dauere nach ihrer Wahrnehmung etwa eine Woche bis zehn Tage. Frau Radtke bezeichnet dieses Vorgehen als inakzeptabel, insbesondere im Verhältnis dazu, dass es sich lediglich um einen einzelnen Abend mit Feierlichkeiten handle. Sie stellt die Frage, ob das Problem durch Gespräche mit dem Universitätspräsidenten und dem Oberbürgermeister geklärt werden könne. Ziel müsse es sein, die Lebensqualität der Bevölkerung zu stärken.

Frau Dr. Schorcht schlägt vor, zunächst eine Anfrage zu stellen und um eine konkrete Mitteilung zu bitten, wie lange die tatsächlichen Schließzeiten des Schlossgartens sind. Gleichzeitig solle angefragt werden, ob es Möglichkeiten gibt, diese Schließzeiten künftig zu verkürzen.

Herr Guter weist darauf hin, dass der Schlossgarten Eigentum der Universität sei und die Stadt daher keinen direkten Einfluss auf die Schließzeiten habe. Er kündigt an, sich deshalb zunächst schriftlich an den Universitätspräsidenten zu wenden. Erst im Anschluss solle eine Anfrage an die Stadtverwaltung gestellt werden.

Herr Agha ergänzt, dass das Thema auch für ein Gespräch im Rahmen des Unikontaktes geeignet sei. Er hält jedoch ein konkretes oder kurzfristiges Ergebnis in dieser Angelegenheit für eher unwahrscheinlich.

Pfarrstraße: Ein Bürger schildert die Situation in der Pfarrstraße, eine der Hauptverkehrsadern stadteinwärts. In den vergangenen Jahren habe es dort zahlreiche Baumaßnahmen gegeben, wodurch die Straße immer wieder geöffnet und anschließend geteert worden sei. Gleichzeitig handle es sich um eine Anstiegsstraße in Richtung Altstadt. Der permanente Bus- und Lkw-Verkehr führe zu erheblichen Erschütterungen, die sich entlang der gesamten Straße bis zur Stadtmauer bemerkbar machten. Der Bürger regt an, dass es wünschenswert wäre, wenn die Stadt grundsätzlich in allen Straßen der Altstadt

Tempo-30-Zonen einführen würde, um die Belastungen für Anwohnerinnen und Anwohner zu reduzieren.

Herr Guter weist darauf hin, dass durch neue gesetzliche Regelungen grundsätzlich mehr Möglichkeiten zur Einrichtung von Tempo-30-Zonen bestünden. Er spricht eine dringende Empfehlung aus, sich mit dem Anliegen auch an den Innenminister zu wenden.

Frau Scherrers schlägt vor, das Anliegen aufzunehmen und einen entsprechenden Antrag an die Stadt zu stellen. Der Beirat beschließt daraufhin, zu beantragen, dass geprüft wird, ob die Einrichtung einer Tempo-30-Zone in der Pfarrstraße möglich ist. Als Begründung werden insbesondere die bestehenden Straßenschäden sowie die Lärmbelastungen genannt.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Eine Bürgerin äußert Kritik am Parkplatzkonzept am Bohlenplatz, das als Pilotprojekt vorgestellt worden sei. Der Start des Projekts habe Ende Juli begonnen. Zwischen der Fahrstraße und der Schuhstraße seien inzwischen sechs Parkplätze entfallen. Davon seien zwei zu Lieferzonen umgewandelt worden, zwei mit einem Halteverbot belegt worden und zwei weitere seien entfallen, da die Behindertenparkplätze verlängert worden seien. Zusätzlich bestehe auf der gegenüberliegenden Straßenseite ein Halteverbot. Diese Flächen würden bislang als Ausweichplätze für Fahrradfahrer genutzt. Aus Sicht der Bürgerin habe das Projekt bislang keine Verbesserung gebracht. Sie fragt nach, wann eine Evaluation des Projekts vorgesehen sei.

Herr Guter erläutert, dass das Projekt zunächst für die Dauer eines Jahres angelegt sei und anschließend evaluiert werde. Nach bisherigen Erfahrungen könne es im Anschluss auch zu einer Ausweitung auf weitere Bereiche kommen. Ergänzend wird festgehalten, dass es sich um ein Pilotprojekt handelt, das bis zum 31.01.2026 läuft. Danach sollen die erhobenen Daten ausgewertet werden.

Herr Guter merkt außerdem an, dass insbesondere Dauerparker ein zentrales Problem darstellten. Frau Scherrers weist darauf hin, dass es in der Henkestraße ausreichend Parkmöglichkeiten gebe. Sie regt an, dass der Beirat empfehlen könnte, auf den Be- und Entladeplätzen eine zeitlich begrenzte Nutzung mit Parkscheibe, beispielsweise für 15 Minuten, zu ermöglichen.

Frau Dr. Schorcht schlägt vor, sobald die Evaluation kommunizierbar ist, zu Beginn des neuen Jahres einen kurzen Termin mit der Verwaltung anzufragen. Dabei solle der aktuelle Stand des Projekts erfragt und die Möglichkeit genutzt werden, eigene Anregungen und Input einzubringen.

gez.

Dr. Claudia Schorcht

Vorsitzende Stadtteilbeirat Innenstadt

gez.

Yvonne Maroke

Bürgermeister- und Presseamt